



Millionenprojekt: Während der Baubeginn für den geplanten IGS-Neubau noch bevorsteht, sind die benötigten Bushaltestellen bereits im Bau. FOTO: JOACHIM DEGE

Rat der Stadt muss beim Neubau der IGS nachbessern

Kosten erhöhen sich um 1,4 Millionen Euro / Gleichzeitig fehlen Fördermittel von 4,3 Millionen Euro, weil der Antrag zu spät eingereicht wurde

Von Joachim Dege

Burgdorf. Der geplante Neubau für die Rudolf-Bembeneck-Gesamtschule in der Nordstadt kommt die Stadt teurer zu stehen, als bisher öffentlich bekannt war. Der Rat hat am Donnerstagabend nach streitiger Debatte mit Mehrheit teure Nachbesserungen beschlossen. Diese kosten die Kommune 1,4 Millionen Euro mehr. Ungeachtet dessen sind der Stadt für das teuerste Bauvorhaben in ihrer Geschichte fest eingeplante Fördermittel in Höhe von 4,3 Millionen Euro durch die Lappen gegangen, weil die Stadtverwaltung den Fördermittelantrag zu spät stellte.

Politik spielte nicht mit

Das alles hätte, wenn es nach Bürgermeister Armin Pollehn (CDU) und seiner Bauverwaltung gegangen wäre, gar nicht öffentlich werden, sondern in der vergangenen Woche hinter verschlossenen Türen im Verwaltungsausschuss der Stadt beschlossen werden sollen. Nur weil die Politik da nicht mitspielte, landete das Thema kurzfristig auf der Tagesordnung des zuständigen Bauausschusses, bevor dann der Rat in einer eilig einberufenen Sondersitzung am Donnerstagabend das Nachbesserungspaket noch etwas

abspeckte von ursprünglich 1,9 Millionen Euro auf letztlich 1,4 Millionen Euro.

„Unter aller Kanone“

Beim Ratsherrn Dirk Bierkamp von der WGS fiel die Regie der Stadtspitze beim Entscheidungsprozess glatt durch: Ein so wichtiges Thema im stillen Kämmerlein beschließen zu wollen, sei „unter aller Kanone“. Ein Unding sei zudem, dass die Stadt den Zuschussantrag „verschlampt“ habe. Bisher sei er davon ausgegangen, dass die Behauptung des Ratsherrn Michael Fleischmann (Die Linke), die IGS werde viel teurer als die von der Stadt behaupteten 60 Millionen Euro, Panikmache sei: „Jetzt glaube ich es.“

Die Stadt hat den Auftrag für den Neubau schon im August vergangenen Jahres vergeben an einen Totalunternehmer, der das Vorhaben im Detail planen, zwischenfinanzieren und im August 2024 zum verabredeten Festpreis schlüsselfertig übergeben soll. Was die Stadt und die an der Entscheidung beteiligten Politiker der Öffentlichkeit bislang allerdings vorenthalten hatten, ist die Tatsache, dass nicht nur die vorgesehene Fahrradabstellanlage aus dem Vergabepaket herausgenommen worden war, weil man glaubte, diese anderswo günstiger zu be-

kommen. Auch die Alufenster im Obergeschoss waren gestrichen worden und sogar die Feuerlöscher und die Schließanlage, ohne die die Schule gar nicht in Betrieb gehen kann.

Alles das kam erst jetzt in der Sonderratssitzung auf den Tisch. Man habe also bereits bei der Vergabe gewusst, dass die IGS teurer werden würde, die Öffentlichkeit darüber aber im Unklaren gelassen, kritisierte etwa FDP-Ratsherr Karl-Heinz Vehling, der sich vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Gerald Hinzwie andere Kritiker der Nachrüstungspläne als „Apokalyptiker“ beschimpfen lassen musste.

Der Nachbesserungsbeschluss sieht nun vor, dass die Stadt die meisten der im vergangenen Jahr aus dem Vergabepaket gestrichenen Positionen nun doch an den Totalunternehmer vergeben soll. Als da wären die Fahrradabstellanlage, Sitzgelegenheiten für Schüler auf den Fluren, die Vorbereitung einer Innenhofbeleuchtung, ein Buswartehäuschen, Alu- statt Kunststofffenster fürs Obergeschoss sowie die Feuerlöscher, Gerätehüllen im Sporthallenboden und die anfängliche Pflege der Außenanlagen.

Einzig die vollelektronische Schließanlage will die Stadt in eigener Regie ausschreiben und einbau-

en lassen. Für das Solardach über dem Fahrradabstellplatz will sie sich einen Investor suchen. Am liebsten wäre Rat und Stadtverwaltung, die Stadtwerke Burgdorf betrieben das Solardach. Ob das aber vergaberechtlich möglich ist – die Stadt ist Mehrheitsgesellschafterin der Stadtwerke – muss juristisch erst noch geprüft werden.

Vehling setzt sich nicht durch

Nicht durchsetzen konnte sich der Liberale Vehling mit seinem dringenden Appell an seine Ratskollegen, „den zusätzlich zu beauftragenden Maßnahmen nicht zuzustimmen, zumal wir das Geld nicht haben, sondern die Schulden der Stadt weiter erhöhen müssten“. Die Kosten für die IGS liefen aus dem Ruder, „und das schon vor dem ersten Spatenstich“. Zumal für den Neubau eingeplante Fördermittel in Höhe von 4,3 Millionen Euro gar nicht zur Verfügung stünden, weil die Stadt diese zu spät beantragte und das Förderprogramm inzwischen eingestellt ist. Nicht alles was wünschenswert sei, könne sich die Stadt auch leisten. Wenn es laufe wie beim Familienzentrum, das sich um 60 Prozent verteuert habe, würden sich die Mehrkosten für die IGS am Ende auf 36 Millionen Euro belaufen.